

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/95

Hannover, 18. November 1947

Am Beispiel Bremen

Ein Beitrag zur Diskussion um das Wahlsystem
Von Ministerpräsident Hermann Lüdemann

Bei der Bildung einer neuen deutschen Demokratie wird es wesentlich darauf ankommen, klare politische Machtverhältnisse für die tragenden Parteien und dabei vor allem regierungsfähige Parlamente zu schaffen. Deshalb ist das Wahlsystem von unmittelbarer politischer Bedeutung. Das in vielen Ländern aus der Zeit der Weimarer Republik übernommene Verhältniswahlssystem führt bereits wieder überall zur Zersplitterung. Dagegen haben sich klare Verhältnisse dort herausgebildet, wo, wie in Schleswig-Holstein, bereits das Mehrheitswahlsystem zur Anwendung gekommen ist.

Die Oktoberwahlen in Bremen sind ein typisches Beispiel dafür, wie sich Mehrheits- oder Verhältniswahl politisch vollkommen verschieden auswirken. Während diesmal in Bremen nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wurde, war die erste Bremer Wahl im Jahre 1946 nach dem Mehrheitswahlsystem erfolgt. Das bedeutet, daß diesmal die Sitze genau anteilmäßig nach der Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen verteilt worden sind.

Unzweifelhaft hat jedes Wahlsystem schon von vornherein einen gewissen Einfluß auf das Wahlergebnis. Bei der Verhältniswahl wird der Wähler geneigt sein, auch kleineren Parteien seine Stimme zu geben, weil ja "keine Stimme verloren geht". Bei der Mehrheitswahl, wo also jeweils in einem Wahlkreis der Kandidat mit den meisten Stimmen als gewählt gilt, wird von vornherein den bedeutenderen Parteien zugute kommen, daß ein großer Teil der Wähler nicht für aussichtslose Kandidaten stimmen will. Vergleicht man an Hand der Bremer Wahl das dort angewandte Verhältniswahlrecht etwa mit dem schleswig-holsteinischen Mehrheitswahlsystem, dann ergibt sich folgendes interessante Bild:

Parteien	Stimmen		Sitzverteilung n. dem Bremer Verhältnismehrrecht		Sitzverteilung n. dem Schl.-Holst. Mehrheitswahlrecht	
	absolut	in v.H. der Gesamtzahl	absolut	in v.H. der Gesamtzahl	absolut	in v.H. der Gesamtzahl
SPD	91 229	41.7	46	46	69	69
CDU	48 116	22.2	24	24	19	19
EDV	30 546	13.9	15	15	12	12
KPD	19 189	8.8	10	10	-	-
FDP	12 095	5.5	2	2	-	-
DF	8 441	3.9	3	3	-	-
R.F.	2 411	1.1	-	-	-	-
Unab-	6 824	2.9	-	-	-	-
Wahl-gang	218851	100 %	100	100 %	100	100 %

Es zeigt sich also hier, daß bei dem Mehrheitswahlrecht überhaupt nur noch drei Parteien im Parlament vertreten wären und die stärkste Partei auch über eine klare Regierungsmehrheit verfügen würde. Dies würde die Wählerschaft zu besonders kritischer Mitarbeit anspornen und einen ständigen Kampf um die Macht zwischen Regierung und Opposition bis zu den nächsten Wahlen hervorrufen. Damit wären sowohl Regierung wie Opposition zu interessanter, verantwortlicher Arbeit und ständiger Abwägung der Kräfte veranlaßt.

Wichtiger aber noch ist und bleibt beim Mehrheitswahlrecht die Ausschaltung der unfruchtbar bleibenden Splitterparteien. Es ist interessant, daß z.B. in Bremen nach dem jetzt angewandten Verhältniswahlrecht die Kommunisten trotz gesunkener Stimmenzahl gegenüber dem Vorjahre ihre Mandate mehr als verdoppeln konnten.

Die Folgen einer unterschiedlichen Sitzverteilung für die Regierungsbildung sind offensichtlich. Nach dem Schleswig-Holsteinischen Wahlrecht könnte die SPD allein die Regierung bilden. Nach dem Bremer Verhältniswahlrecht ist sie dazu nicht in der Lage, denn an der absoluten Mehrheit fehlen ihr fünf Sitze. Sie ist daher gezwungen, eine Koalition mit einer der anderen Parteien einzugehen. Hieraus ist ersichtlich, daß die Splitterparteien wieder einen übermäßigen Einfluß erringen. Gerade diese ausschlaggebende Bedeutung der Splitterparteien zeigte jedoch bereits in der Weimarer Zeit eine unheilvolle Auswirkung. Man könnte einwenden, daß es "ungerecht" wäre, einer Partei, die nicht die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat, das absolute Übergewicht bei der Sitzverteilung und der Regierungsbildung zu verleihen. Demgegenüber stelle ich die Frage: Ist es etwa "gerecht" und entspricht es dem Willen der Wähler, daß nunmehr in Bremen vielleicht eine kleine Splitterpartei als Teilnehmer der jetzt unvollständigen Koalitionsregierung praktisch die Politik des Landes bestimmt?

Auch von einer "Unterdrückung der Minderheit" kann nicht gesprochen werden, weil in einer Demokratie auch das ungeschmäilerte Oppositionsrecht der Minderheit feststeht und die Chance einer Änderung nach Ablauf der Wahlperiode immer gegeben ist.

Eine gegen das Mehrheitswahlrecht eingestellte Betrachtungsweise geht jedoch überhaupt an der entscheidenden Tatsache vorbei, daß der Wahlkampf eine Entscheidung über Sieg und Niederlage der Parteien ist und daß es darum geht, einem überwiegenden politischen Ausdruck der öffentlichen Meinung nachhaltig Anerkennung zu verschaffen. Diese Anerkennung kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß man der größeren Partei auch Gelegenheit gibt, sich an der Regierungsbildung zu erproben. Ungerecht ist dieses System solange nicht, wie jede andere Partei bei einem gleichartigen Wahlerfolg dieselben Chancen hat.

Die Parlamente haben nicht den Zweck, nur Rededuelle und Diskussionen herbeizuführen, sondern Gesetze zu schaffen und das Schicksal des Landes zu gestalten. Dieser Zweck erfordert ein sicheres Fundament der Demokratie, wie es nach den geschichtlichen Erfahrungen durch das Mehrheitswahlsystem am besten geschaffen wird. Dafür ist auch die Wahl in Bremen nur ein erneuter Beweis. Die heutige Zeit duldet keine Zersplitterung, sondern erfordert die Anspannung und Zusammenfassung aller Kräfte. Der Staatsbürger muß sich dessen bewußt werden, daß er z.B. in der Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht leichtfertig seine Stimme "wahllos" vergenden darf, sondern daß er zu wählen, d.h. zu wägen und zu entscheiden hat. Wer eine große und ganze Sache will, kann nur durch das Mehrheitswahlsystem auch den klaren Kampf, die ständige Entscheidung zwischen Sieg und Niederlage, vorziehen gegenüber einer ausgewaschen und unfruchtbaren Zersplitterung.

Bayerns Gewerkschaften werden aktiv

Deutliche Worte zur Ernährungs- und Denazifizierungsfrage
A.H.München, 18. November

Der Bayerische Gewerkschaftsbund war bisher nicht gerade inaktiv - er hat Lohn erhöhungen und anderes durchgesetzt - aber er hat im politischen und wirtschaftlichen Leben Bayerns bisher nicht die öffentlich sichtbare - Rolle gespielt, die den Gewerkschaften in anderen Ländern und Zonen zufällt. In dem Bauernland Bayern gibt der Bauernverband unter seinen liebenswürdigen Leitern Dr. Schlögl und Dr. Horlacher den Ton an, und die Tatsache, daß die Gewerkschaften bei insgesamt 2,3 Millionen Beschäftigten in Bayern nur rund 600 000 Mitglieder zählen, hat sie immer hinter den traditions- und mitgliederstärkeren landwirtschaftlichen Organisationen zurücksetzen lassen.

Einige aktuelle Anlässe veranlaßten jetzt den Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Georg J. Reuter, vor der Presse grundsätzliche Erklärungen abzugeben. Von diesen Anlässen sei nur der letzte erwähnt: Bayern wurde vor Beginn dieser Kartenperiode durch die offizielle Mitteilung überrascht, daß der Normalverbraucher nur noch 50 Gramm Fett erhalte. Dies veranlaßte 7 500 Münchener Eisenbahnarbeiter, die lebenswichtige Reparaturarbeiten auszuführen, die Arbeit einzustellen. Trotz guten Zuredens der Gewerkschaften und der Betriebsräte erklärten die Arbeiter, daß sie nicht eher wieder arbeiten würden, als bis die 150-Gramm-Ration wieder hergestellt sei. Die Bewegung drohte auf andere lebenswichtige Betriebe Bayerns überzugreifen und es

fehlt, wenn man der mit Nachdruck gegebenen Erklärung Reuters glauben darf, nicht viel, daß der Ausstand auf einen Generalstreik hinsteuerte. Der Gewerkschaftsbund setzte es, wie Reuter betonte, in einem dramatischen Wochenende durch, daß die 50-Gramm-Verfügung aufgehoben wurde. Die Mitteilung über diese Maßnahme aber nahm der stellvertretende Ministerpräsident vor, der die Bemühungen der Gewerkschaften unerwähnt ließ, was dazu führte, daß die Gewerkschaften sich entschlossen, selbst der Öffentlichkeit über die Presse ihre Auffassung mitzuteilen.

Reuter verzichtete dabei nicht auf starke Worte, was deswegen bemerkenswert ist, als er und die bayrischen Gewerkschaftsführer überhaupt bisher alles vermieden haben, was sie in den Ruf, demagogische Stimmenfänger zu sein, hätte bringen können. Er wahrte auch jetzt die Besonnenheit, die ihn bei seinen bürgerlichen Antipoden geschätzt macht. Aber er kam nicht um die Feststellung herum, daß der Arbeitsfrieden in Bayern durch das Ernährungsniveau ernstlich bedroht sei. Wenn man schon nicht die Möglichkeit eines bürgerkriegsähnlichen Zustandes ins Auge fassen sollte, so könne es doch sehr leicht eintreten, daß die Arbeiter und Angestellten aufs Land zögen, nicht mehr um ihre Uhren gegen Fett herzugeben, sondern um sich mit Gewalt die Schweine zu nehmen, die jetzt unter den Augen der untätigen Justiz verschoben würden.

Reuter kündigte an, daß die Gewerkschaften den Justizbehörden und den infrage kommenden Ministerien, die Schwarzhandel und Schiebertum täglich üppiger wuchern ließen, demnächst mit Forderungen kommen würden, die die Regierung zu einer entschiedenen Stellungnahme zwingen würden. Die Gewerkschaften jedenfalls seien entschlossen, Mittel anzuwenden, auf die sie bisher noch verzichtet hätten. Nicht minder deutlich äußerte Reuter sich zur Denazifizierung.

Alle die Äußerungen kommen in einem Augenblick, in dem über das Fortbestehen der Arbeitsgemeinschaft Gewerkschaftsbund-Bauernverband verhandelt wird. Obwohl die Staatsregierung sich bemüht, die Arbeitsgemeinschaft am Leben zu erhalten, wird sie wohl eingehen, weil sie die Bauern nicht dazu zu bewegen vermochte, die Gewerkschaften in ihren Bemühungen um die Erfassung der Nahrungsmittel ernsthaft zu unterstützen. Das Aufliegen der Gemeinschaft würde den Anfang eines offenen Kampfes zwischen den Verbrauchern und den landwirtschaftlichen Erzeugern bedeuten. Ob Ministerpräsident Ehard, dessen Stärke in seiner Fähigkeit zum Schlichten liegt, die Aufspaltung Bayerns in diese zwei Lager auf die Dauer verhindern könnte, ist zweifelhaft.

Der Verwaltungsapparat der Kominform

A. F. Paris, im November

Ein im allgemeinen über diese Fragen gut unterrichteter Mitarbeiter der französischen rechtsradikalen Zeitung "L'Époque" hat dieser Tage interessante Mitteilungen über den Aufbau der Kominform in Belgrad gemacht.

Die kommunistische Internationale besteht aus vier Sekretariaten: Militärische Organisation, Propaganda, Jugend, Kolonialfragen. Das militärische Sekretariat soll sich mit der Ausbildung von Kampfgruppen innerhalb der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens befassen und außerdem die Verbindung mit militärischen Kreisen aller in der Kominform vertretenen Länder aufrechterhalten. Das Propagandasekretariat ist das wichtigste Glied der gesamten Organisation. Es soll in kürzester Frist über einen mächtigen Radiosender in der Gegend von Belgrad verfügen und

der amerikanischen Rundfunkpropaganda in Europa entgegenwirken. Das Kolonialsekretariat soll sich hauptsächlich mit Propaganda gegen die Kolonialmächte befassen. Es wird sich hierbei auf Rundfunksendungen über die Stationen Berlin und Laibach stützen.

-.-.-

Französisches Urteil über die deutsche Jugend

A.F. Paris, im November

Ein Sonderkorrespondent der linksstehenden, unabhängigen Pariser Tageszeitung "Combat" hat in sehr sympathischer Form über die deutsche Jugend berichtet. Er stellt fest, daß trotz einer Reihe nazistischer Demonstrationen die jungen Deutschen in ihrer großen Mehrheit keine Nazis mehr sind, wenn auch die nationalsozialistische Ideologie nicht ohne Wirkung geblieben sei. Die Spuren dieser Ideologie müßten durch eine lange positive Erziehungsarbeit ausgemerzt werden. Der deutschen Jugend fehle heute der Glaube in das Neue und sie lasse sich auch zu sehr von fast unüberwindlichen Vorurteilen leiten. Eine Wandlung könne nur durch eine geduldige Aufklärungsarbeit geschaffen werden sowie durch die Gewinnung der Jugend für ein neues, sauberes Ideal.

-.-.-

Russisches Getreide nach Frankreich?

Zur Sicherstellung seiner Brotgetreideversorgung hatte Frankreich im September die Sowjetunion um 1,5 Millionen Tonnen Getreide ersucht. Kurz vor den französischen Gemeindevahlen hat Moskau wissen lassen, daß es grundsätzlich bereit ist, dem französischen Wunsch zu entsprechen, wenn es als Gegenleistung französische Rohstoffe und Fertigerzeugnisse erhalten kann. Die Pariser Regierung hat daraufhin Moskau eine Liste von Waren überreicht; mit dem Vorschlag, die französischen Gegenleistungen auf einen Zeitraum von rund zwei Jahren zu erstrecken. Nach Prüfung dieser Liste hat die Sowjetunion nunmehr Frankreich endgültig die Lieferung von 200 000 Tonnen Weizen und 100 000 Tonnen anderer Getreidesorten bis August 1948 angeboten, gegen französische Lieferungen von Zement, Glas, Lastwagen, Eisenbahnschienen, Röhren und elektrischem Material. Moskau hat sein bescheidenes Exportangebot von Getreide mit seinen anderweitigen Verpflichtungen gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und Finnland begründet.

Es ist im Augenblick noch keineswegs sicher, ob es zu einem Vertragsabschluß zwischen Frankreich und der Sowjetunion kommen wird, denn die Sowjetunion wünscht die Verrechnung der gegenseitigen Lieferungen zu Weltmarktpreisen. Nun ist es aber so, daß die französischen Industriepreise heute allgemein über dem Weltmarktniveau liegen und daß es sich bei den von Rußland gewünschten Produkten um Mangelwaren handelt, die Frankreich vorläufig auch noch zu höheren Preisen absetzen kann.

Der Gesamteinfuhrbedarf Frankreichs an Getreide wird bei einer Tagesration von 250 Gramm Brot auf 2,1 Millionen Tonnen geschätzt. Bisher ist nur die Lieferung von 825 000 Tonnen durch die Vereinigten Staaten und von 275 000 Tonnen durch Australien sichergestellt. Wegen eines Zusatzkontingentes von 500 000 Tonnen sind Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Gange. Auch mit argentinischem Getreide wird in Paris gerechnet.

Alfred Frisch, Paris

-.-.-

Verantwortlich: Peter Romanau